



### Kurzfristiges politisches Risiko

<b>Kenia</b>	<b>4</b>
Tansania	4
Äthiopien	6

### Mittel- und langfristiges politisches Risiko

<b>Kenia</b>	<b>6</b>
Tansania	5
Äthiopien	6

### Geschäftsrisiko

<b>Kenia</b>	<b>C</b>
Tansania	C
Äthiopien	C

Geringes Risiko

Hohes Risiko



Geringes Risiko

Hohes Risiko



A

C



## Risikofaktoren und Ausblick

> Kenia weist seit einigen Jahren ein starkes Wachstum auf, das allerdings auf fremdfinanzierten Infrastrukturprojekten beruht. Dies führt seit 2005 zu einem steigenden Zwillingsdefizit und damit zu einer Verschärfung der Auslandsverschuldung. Dies ist besorgniserregend, zumal die Exporteinnahmen seit 2013 stagnieren.

Außerdem befindet Kenia sich seit einigen Monaten in einer turbulenten politischen Phase, nachdem die Präsidentschaftswahlen im August 2017 für ungültig erklärt worden waren und die Opposition ihre Teilnahme an den Neuwahlen im Oktober 2017 verweigert hatte. Es ist nicht zu erwarten, dass die derzeitigen Entwicklungen zu ausufernder Gewalt wie noch im Jahr 2007 führen werden. Folglich dürften langfristige Auswirkungen auf die Wirtschaft ausbleiben. Allerdings wird die Glaubwürdigkeit des zweiten Mandats des aktuellen Präsidenten von den politischen Turbulenzen untergraben. Die Fähigkeit und Bereitschaft der neuen Regierung, Wirtschaftsreformen durchzusetzen, könnte hierdurch beeinträchtigt werden.

Aufgrund des Anstiegs der Auslandsverschuldung hat Credendo sich für eine Herabstufung des mittel- bis langfristigen politischen Risikos Kenias auf Kategorie 6 entschieden (die Prämienbewertung der OECD verbleibt bei Kategorie 6). Das kurzfristige politische Risiko liegt unverändert in Kategorie 4. Diese moderate bis hohe Risikoprognose beruht auf dem relativ hohen Überhang kurzfristiger Schulden, der in den letzten Jahren angestiegen ist. Das Geschäftsrisiko liegt weiterhin auf einem hohen Niveau (Kategorie C), was auf das unsichere politische Umfeld, die Auswirkungen der Zinssatzobergrenze auf die Kreditverfügbarkeit in der Wirtschaft sowie auf das schwierige Geschäftsumfeld Kenias zurückzuführen ist.

## Fakten

### Staatsoberhaupt und Regierungschef

- > Uhuru Kenyatta (seit April 2013)

### Wahlsystem

- > Präsidentschafts- und Parlamentswahlen alle fünf Jahre; zuletzt im Oktober 2017

## Pro

- + Diversifizierte Wirtschaft
- + Robustes Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahrzehnt
- + Umfangreiche Infrastrukturinvestitionen sollen Exportengpässe langfristig beheben

## Kontra

- Zwillingsdefizit verschärft die Auslandsverschuldung
- Export stagniert in den letzten Jahren
- Turbulente politische Lage dürfte die Wirtschaft kurzfristig beeinträchtigen

---

## Kennzahlen

### Bevölkerung

- > 48,5 Millionen

### Pro-Kopf-Einkommen

- > 1.380 USD

### Einkommensgruppe

- > Niedriges mittleres Einkommen

## Hauptexportgüter

Private Transfers (**22,7 %** der Leistungsbilanzeinnahmen), Industrieerzeugnisse (**15,4 %**), Transport (**12,9 %**), Tee (**10,0 %**), Tourismus (**6,0 %**), Gartenbau (**5,5 %**), Kaffee (**1,6 %**)

# Umstrittene Wahlen an der Tagesordnung

Kenia erlangte seine Unabhängigkeit im Jahr 1963. Seitdem erfreut sich das Land einer relativen Stabilität. Nach einer nahezu vier Jahrzehnte andauernden Einparteienherrschaft wurden 2002 freie Wahlen abgehalten. In der kenianischen Politik spielt die ethnische Zugehörigkeit eine große Rolle, politische Parteien beruhen meist darauf. Bei Wahlen schließen die Parteien sich zu breiteren Bündnissen zusammen. Diese sind jedoch relativ unbeständig und es ist nicht ungewöhnlich, dass Parteien das Bündnis wechseln.

Im August 2017 fanden in Kenia Wahlen statt. Diese wurden später vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt und im Oktober 2017 Neuwahlen abgehalten. Obwohl auch diese umstritten waren, wurde der Amtsinhaber Präsident Uhuru Kenyatta von der Wahlkommission als Sieger bestätigt. Seit der Einführung freier Wahlen im Jahr 2002 wurde das Wahlergebnis immer wieder angefochten. Nach den umstrittenen Wahlen im Jahr 2007 kam es zu politischer Gewalt und auch das Wahlergebnis des Jahres 2013 wurde von der Opposition angefochten.

2007 waren die Wahlen von massivem Betrug belastet, doch Amtsinhaber Präsident Mwai Kibaki (der gegen Odinga antrat) wurde nichtsdestotrotz zum Sieger erklärt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen, die nach der übereilten Amtseinführung Kibakis ausbrachen, kosteten 1.200 Menschen das Leben und führten dazu, dass weitere 600.000 Menschen ihre Heimat verlassen mussten. Aufgrund der Gewalt wurden der aktuelle Präsident Kenyatta und sein derzeitiger Vizepräsident Ruto, damals politische Rivalen, vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt. Beide Verfahren wurden später aufgrund mangelnder Beweise eingestellt.

Obwohl Ruto und Kenyatta zuvor erbitterte Rivalen gewesen waren, stellten sie sich gemeinsam gegen die Vorwürfe des IStGH und gründeten ein politisches Bündnis (die Jubilee Coalition, aus der später die Jubilee Party hervorging), das die Wahlen des Jahres 2013 für sich entscheiden konnte. Bei diesen Wahlen trat die Jubilee Coalition gegen Odinga an. Kenyatta gewann die Wahlen mit 50,51 % der Stimmen. Odinga behauptete im Nachgang, die Wahlen seien manipuliert worden, und versuchte, das Ergebnis vor dem Obersten Gerichtshof anzufechten, doch seine Klage wurde abgewiesen.

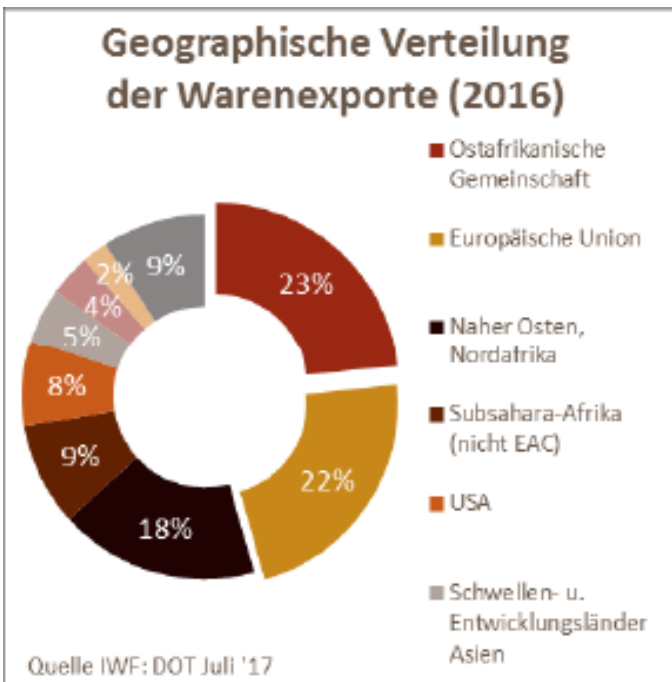
Bei den Wahlen im August 2017 trat Kenyatta (mit der Unterstützung Rutos) erneut gegen Odinga an. Kenyatta gewann offiziell mit 54,2 % der Stimmen. Die Opposition reichte jedoch beim Obersten Gerichtshof eine Petition ein, in der sie behauptete, die Wahlen seien gefälscht. Überraschenderweise erklärte der Oberste Gerichtshof Kenias die durchgeführten Wahlen für ungültig, aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Wahlvorgang, die als so gravierend beurteilt wurden, dass sie eine Gefährdung für die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen darstellten. Diese Entscheidung führte zur Durchführung von Neuwahlen am 26. Oktober. Odinga trat dabei jedoch nicht an, da bei der Wahlwiederholung die gleichen Missständen erwartet wurden wie bei den Wahlen im August. Nach der Wahl erklärte die Wahlkommission Kenyatta mit 98 % der abgegebenen Stimmen zum Sieger. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 38 % gegenüber 80 % im August. Die aus den Wahlen resultierenden Spannungen haben Kenia entzweit: Die Gewalt zwischen ethnischen Gruppen hat bereits bis zu 80 Menschenleben gefordert und es besteht ein zunehmendes Risiko, dass sie weiterhin anhalten wird. Gleichzeitig ist eine Eskalation wie nach den Wahlen 2007 nicht zu erwarten. Die größten Konflikte traten damals zwischen den Kikuyu und den Kalenjin auf, die derzeit in der Jubilee Party von Uhuru Kenyatta vereint sind. Dennoch dürften die niedrige Beteiligung und die Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahlen die Glaubwürdigkeit von Kenyattas zweiter fünfjähriger Amtszeit unterwandern. Seine Fähigkeit und Bereitschaft, notwendige Wirtschaftsreformen und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung durchzusetzen, könnte hierdurch beeinträchtigt werden.

In Kenia ist das Amt des Präsidenten auf zwei Amtszeiten beschränkt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass Ruto bei den Wahlen im Jahr 2022 als Kandidat antritt. Im Falle eines Sieges dürfte er die von Kenyatta eingeleitete infrastrukturbasierte Entwicklung des Landes fortführen. Da Odinga bereits 72 Jahre alt ist, dürften die Augustwahlen seine letzte Chance auf das Präsidentenamt gewesen sein.

---

# Ungewissheit über EU-Handelsabkommen belastet Wirtschaft

Kenia bildet gemeinsam mit Burundi, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC). Ziel der EAC-Mitglieder ist die wirtschaftliche Integration. 2010 wurden Einfuhrzölle innerhalb der EAC abgeschafft und die Länder arbeiten an einem sukzessiven Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse. In den vergangenen Jahren hat die EAC ein Freihandelsabkommen mit der EU ausgehandelt (Economic Partnership Agreement oder EPA). Die Verhandlungen wurden im Oktober 2014 abgeschlossen, doch obwohl die Ratifizierung bis Oktober 2016 hätte erfolgen sollen, ist dieser Schritt noch nicht vollzogen. Das EPA-Abkommen mit der EU muss von allen Mitgliedsstaaten der EAC ratifiziert werden, doch bisher haben lediglich Kenia und Ruanda das erforderliche Verfahren durchlaufen. Der Widerstand gegen das Abkommen ist gewachsen, besonders in Tansania, aber auch in Uganda. In Tansania beruht der Widerstand vorrangig auf der Befürchtung, dass tansanische Firmen nicht mit EU-Unternehmen konkurrieren können. Außerdem lehnt die Regierung den Einschluss von Bestimmungen ab, die EU-Unternehmen Zugang zu Primärressourcen garantieren. Die Gespräche scheinen in eine Sackgasse geraten zu sein und es gibt derzeit wenig Aussicht auf eine Lösung. Dies hat bedeutende Konsequenzen für Kenia, da es als einziger Staat der EAC nicht als „am wenigsten entwickeltes Land“ (LDC) eingestuft wird. Im Rahmen der Initiative „Alles außer Waffen“ haben LDCs zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt. Da Kenia nicht länger als LDC eingestuft ist, riskiert das Land, seinen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt zu verlieren. Dies wäre angesichts der großen Bedeutung des EU-Marktes für die kenianische Wirtschaft ausgesprochen problematisch. Etwa 22 % aller Exporte sind für die EU bestimmt, wobei Kaffee und Gartenbauerzeugnisse die Hauptproduktgruppen bilden. Derzeit genießt Kenia weiterhin zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt, da davon ausgegangen wird, dass sich das Abkommen mit der EAC noch im Unterzeichnungsprozess befindet. Sollte das EPA allerdings nicht zustande kommen, verliert Kenia seine Privilegien. Die Initiative „Alles außer Waffen“ reduziert darüber hinaus den Anreiz für die anderen EAC-Staaten, das Handelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, da sie unverändert als LDCs eingestuft bleiben.

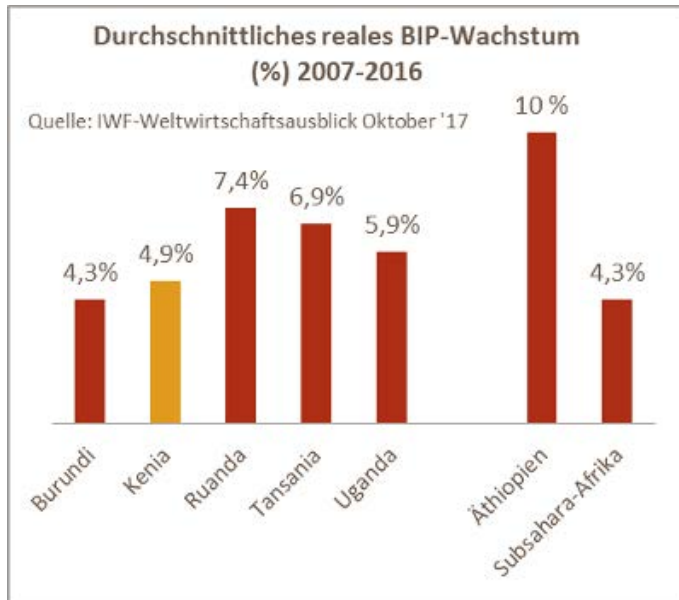


Zusätzliche Probleme im Zusammenhang mit Kenias Ausfuhrkapazität beruhen darauf, dass das Land Marktanteile in anderen EAC-Staaten verliert. Seit 2013 ist die Warenausfuhr in EAC-Länder um nahezu 20 % zurückgegangen, während die Einfuhr aus diesen Staaten gestiegen ist. Dies ist in erster Linie auf einen Exportrückgang bei Landwirtschafts- und Industrieerzeugnissen zurückzuführen. Grund hierfür ist zunehmende Konkurrenz mit ostasiatischen und chinesischen Exporteuren. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, da die EAC derzeit Kenias wichtigsten Exportmarkt darstellt.

---

# Infrastrukturprojekte als Motor des Wirtschaftswachstums

Kenia investiert erhebliche Beträge in mehrere große Infrastrukturprojekte. Diese Projekte bilden ein Kernstück der Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung. So wurde im Mai 2017 die 3,8 Mrd. USD teure Eisenbahnstrecke von Mombasa nach Nairobi eingeweiht. Gleichzeitig erweitert Kenia seine Hafenskapazitäten in Lamu und Mombasa, es werden mehrere große Kraftwerke gebaut, das Land erweitert sein Straßennetz und diverse kenianische Flughäfen werden modernisiert. Die Durchführung dieser Projekte erfolgt im Rahmen der Entwicklungsstrategie „Vision 2030“. Diese Strategie wurde 2008 auf den Weg gebracht und verfolgt das ehrgeizige Ziel, Kenia bis zum Jahr 2030 in einen Industriestaat mit mittlerem Einkommen zu transformieren.



Die umfangreichen Infrastrukturprojekte haben zu robustem Wachstum geführt. Kenias Wirtschaftswachstum erzielte im Zeitraum 2007-2016 einen Durchschnitt von 4,9 %. Gleichzeitig erreichten die meisten anderen EAC-Staaten (mit Ausnahme von Burundi und Südsudan) ein höheres durchschnittliches Wachstum. 2016 lag das Wachstum bei 5,8 %. Die wichtigsten Impulse gingen dabei von einer starken Expansion im Bau- und Stromsektor sowie einer Erholung der Tourismusbranche aus. Mittelfristig wird weiterhin mit einem Wachstum von rund 6 % gerechnet, da Infrastrukturinvestitionen ein unverändert starker Motor bleiben dürften.

Allerdings wird 2017 eine Beeinträchtigung des Wachstums durch die Unsicherheiten in Verbindung mit den Wahlen, die Dürre zu Beginn des Jahres und den Mangel an Krediten erwartet. Im August 2016 wurde als Antwort auf die hohen Fremdkapitalkosten im Land eine Zinssatzobergrenze eingeführt. Statt einer Zinssenkung bewirkt die Obergrenze, die bei 4 % des Referenzzinssatzes der Zentralbank liegt, jedoch eine Reduzierung der Kreditaufnahmen aus der Wirtschaft. Zwar wird erwartet, dass die Zinssatzobergrenze künftig geändert oder abgeschafft wird, doch da dieser Schritt erst nach Amtsantritt der neuen Regierung eingeleitet werden dürfte, wird die Obergrenze das Wachstum kurzfristig weiterhin beeinträchtigen.

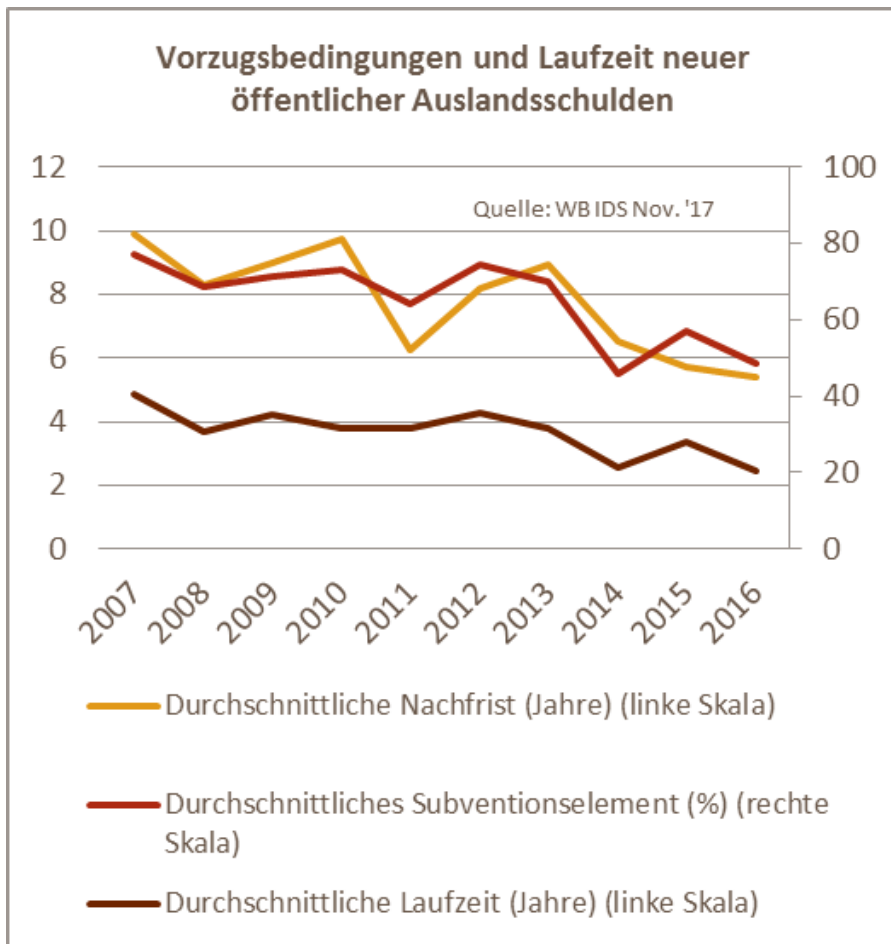
---

## Infrastrukturinvestitionen führen zu großem Zwillingsdefizit und höherer Verschuldung

Seit 2005 weist das Land ein Zwillingsdefizit auf. Die Leistungsbilanz ist seit 2004 negativ. Das Leistungsbilanzdefizit ist seit jeher erheblich und lag im Zeitraum 2007-2016 bei einem Durchschnitt von 7 % des BIP. Das zunehmend hohe Leistungsbilanzdefizit ist insbesondere auf umfangreiche infrastrukturelle Importe zurückzuführen. Das Leistungsbilanzdefizit wurde überwiegend durch Auslandskredite finanziert (durchschnittlich ca. 77 %) und in geringerem Maße durch Direktinvestitionen (durchschnittlich ca. 22 %).

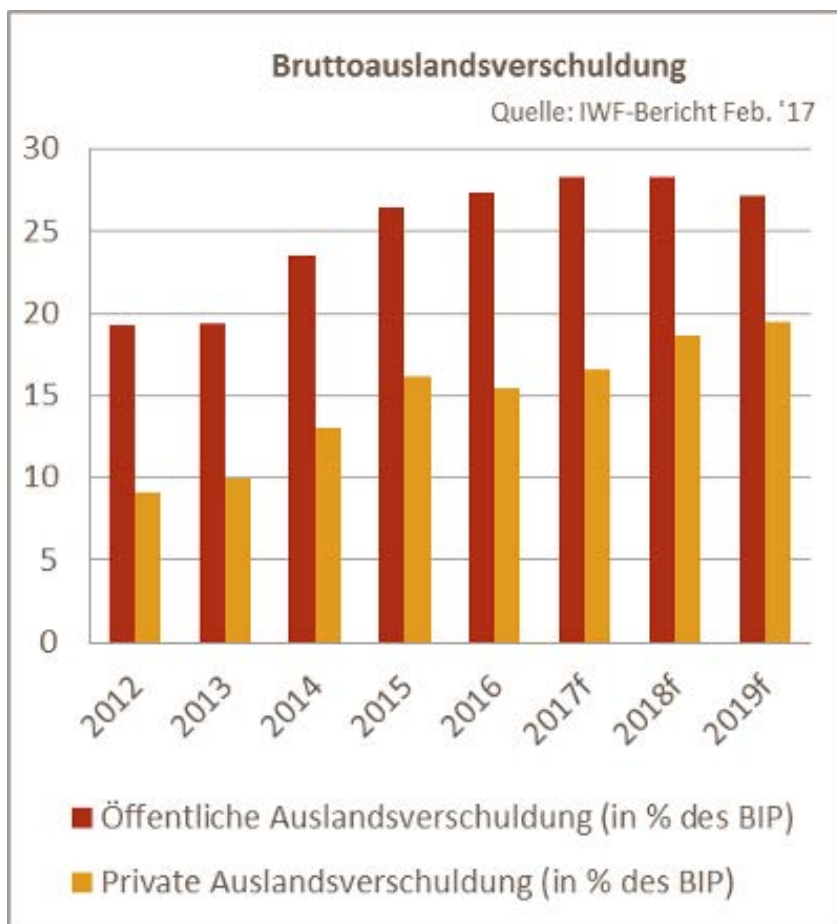
2016 ist das Leistungsbilanzdefizit (einschl. offizieller Transfers) von 10,4 % des BIP im Jahr 2014 auf 5,4 % zurückgegangen. Dies ist auf den niedrigen Ölpreis sowie die niedrigeren investitionsbezogenen Importe zurückzuführen. In den kommenden Jahren wird mit einer erneuten Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits gerechnet, die durch den erwarteten starken Anstieg der Importe bedingt wird.

Ein Vorteil der kenianischen Wirtschaft ist ihre relativ starke Diversifizierung. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern Subsahara-Afrikas ist Kenia nicht vom Rohstoffexport abhängig und damit weniger anfällig für den Rückgang der Rohstoffpreise. Dadurch konnten stärkere Auswirkungen auf die Leistungsbilanz, die in anderen, rohstoffabhängigen Ländern aufgetreten sind, verhindert werden. Die wichtigsten Leistungsbilanzeinnahmen Kenias sind private Transfers (über 20 % der Leistungsbilanzeinnahmen), Industrierzeugnisse, Verkehrsleistungen, Tee, Tourismus, Gartenbau und Kaffee. Die Verbesserung der Sicherheitslage nach den Terroranschlägen in den Jahren 2013 und 2014 dürfte zu einem Anstieg der Tourismuseinnahmen führen.



Seit 2005 ist das Haushaltsdefizit aufgrund des umfangreichen öffentlichen Investitionsprogramms erheblich gestiegen. Während das Defizit in den Jahren 2006-2008 bei ca. 2,6 % des BIP lag, stieg es im Zeitraum 2014-16 auf einen Durchschnitt von ca. 8,1 % des BIP. 2016 lag das Haushaltsdefizit bei 8,7 % des BIP. Der IWF erwartet, dass das Haushaltsdefizit bis 2021 schrittweise auf die Defizitgrenze der Ostafrikanischen Währungsunion von 3 % gesenkt wird (eine optimistische Schätzung). Die Kosten der Neuwahlen und die Auswirkungen der darauffolgenden politischen Spannungen im Land könnten 2017 zu weiteren finanzpolitischen Fehlentwicklungen führen. Darüber hinaus könnte die politische Krise einen Aufschub der zugesagten Haushaltskonsolidierung bewirken.

Das umfangreiche Haushaltsdefizit hat zu einem Anstieg der Staatsverschuldung geführt: von 43,9 % des BIP im Jahr 2012 auf 52,6 % Ende 2016. Bei ca. 50 % der Staatsverschuldung handelt es sich derzeit um Auslandsschulden. Der Großteil der öffentlichen Auslandsschulden wurde zu Vorzugsbedingungen vergeben, doch der Anteil von kommerziellen Krediten ist gestiegen. Außerdem sind die Vorzugsbedingungen für neue öffentliche Auslandsschulden inzwischen weniger vorteilhaft für Kenia und die Laufzeiten von Neuschulden verkürzen sich zunehmend.

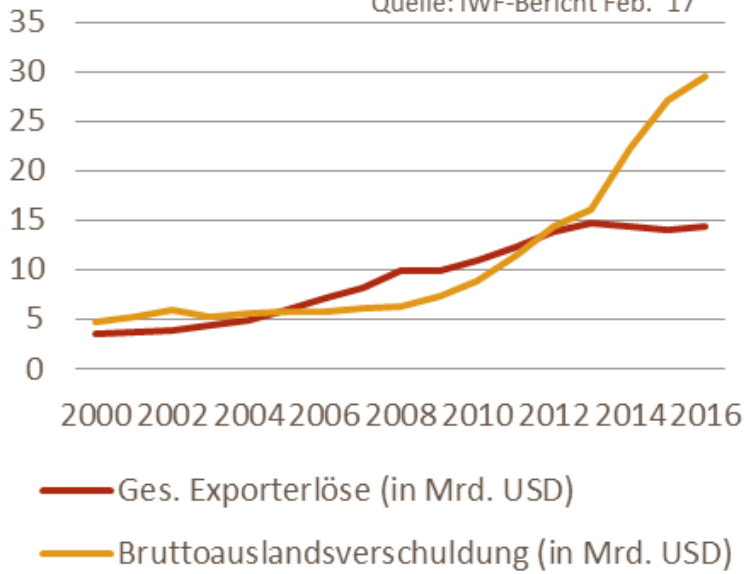


Neben der Staatsverschuldung hat auch die Bruttoauslandsverschuldung deutlich zugenommen, was zu einem Anstieg der Schuldendienstverpflichtungen gegenüber dem Ausland geführt hat. Während die Auslandsverschuldung 2007 bei ca. 20 % des BIP und 70 % der Leistungsbilanzeinnahmen lag, ist sie zum Ende 2016 auf über 40 % des BIP angestiegen. Bei etwa 60 % der Auslandsverschuldung handelt es sich um Staatsschulden. Noch besorgniserregender ist, dass das Verhältnis der Auslandsschulden zu den Leistungsbilanzeinnahmen im Jahr 2016 auf nahezu 220 % angeschwollen ist. Prognosen zufolge wird es 2017 bei über 230 % liegen und bis 2019 auf 240 % ansteigen. Langfristig gesehen erwartet der IWF, dass Kenias Auslandsverschuldung weiter zunehmen wird.

Dies illustriert das Kernproblem des kenianischen Wachstums: Das starke BIP-Wachstum beruht vorrangig auf Auslandskredit und konnte kein gleichermaßen starkes Wachstum der Exporteinnahmen bewirken. Zwischen 2000 und 2012 wiesen Kenias Exporteinnahmen ein robustes Wachstum von jährlich 12 % auf. Seit 2013 stagniert diese Entwicklung jedoch und zwischen 2013 und 2016 lag das Wachstum bei unter 1 %. Gleichzeitig ist die Auslandsverschuldung nominal um etwa 20 % pro Jahr angestiegen, was den hohen Anteil der Auslandsverschuldung an den Leistungsbilanzeinnahmen erklärt. Angesichts der Tatsache, dass die Auslandsschulden in ausländischer Währung zurückzuzahlen sind, stellt sich die Frage, wie das Land diese Kosten aufbringen wird. Aus diesem Grund hat Credendo beschlossen, das mittel- bis langfristige politische Risiko auf Kategorie 6 herabzustufen.

## Langzeitentwicklung der kenianischen Bruttoauslandsverschuldung und Exporterlöse

Quelle: IWF-Bericht Feb. '17



**Haftungsausschluss** : Credendo ist nach besten Kräften bemüht, dass alle Informationen, Daten, Dokumentationen und anderen Materialien (Texte und Bilder) dieses Newsletters zutreffend und vollständig sind. Credendo übernimmt keinerlei Haftung für mögliche Fehler oder Auslassungen. Die in diesem Schreiben dargelegten Ansichten stellen die persönliche Meinung des Autors dar und sollen nicht die Meinung von Credendo wiedergeben. Credendo übernimmt keinerlei Haftung für Forderungen oder Verluste jeglicher Art, die direkt oder indirekt aus der Verwendung der Informationen, Daten, Dokumentationen oder anderem Material dieses Newsletters entstehen. Die Texte und Illustrationen dürfen zur privaten Nutzung ausgedruckt werden, eine Verbreitung ist nur nach Genehmigung durch Credendo zulässig. Zitate sind zulässig, sofern auf die gültige Quelle verwiesen wird. Reproduktion ist zulässig, sofern auf die gültige Quelle verwiesen wird und es sich nicht um gewerbliche Zwecke handelt, da in diesem Falle die Reproduktion – auch mit Quellangabe – nicht zulässig ist.